

# Amtsblatt

## Amtliche Bekanntmachungen des Marktes Großostheim

Ausgabe Nr. **01/2026** vom 12.05.2026  
Veröffentlicht und im Internet verfügbar ab 12.05.2026

### Inhaltsverzeichnis

<b><u>Inhalt</u></b>	<b><u>Seite</u></b>
Sitzung des Marktgemeinderates vom 19.05.2026	2
Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts	3
Geschäftsordnung für den Marktgemeinderat des Marktes Großostheim	6
Mitteilung des Amtsgerichts Aschaffenburg - Vollstreckungsgericht	36

Amtliche Bekanntmachungen des Marktes Großostheim  
Herausgegeben vom Markt Großostheim, Schaafeimer Straße 33 in 63762 Großostheim,  
vertreten durch den Ersten Bürgermeister Ralf Herbst  
Im Internet: [www.grossostheim.de/amsblatt](http://www.grossostheim.de/amsblatt)

## **Sitzung des Marktgemeinderates vom 19.05.2026**

Am Dienstag, den 19.05.2026 findet um 19:00 Uhr eine öffentliche Sitzung des Marktgemeinderats statt.

Sitzungsort: **Bachgauhalle**

Tagesordnung:

1. Einreichung der Projektskizze eines Kinderplanschbeckens - für das Freibad Großostheim zum Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" - Projektauftrag 2026 – Schwimmbäder
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Verschiedenes

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

# Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Der Markt Großostheim erlässt aufgrund der Art.20 a Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2, 23, 32, 33, 34 Abs. 2 und 4, 35 Abs. 1 Satz 2, 40, 41, 88 und 103 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637), folgende Satzung:

## § 1

### Zusammensetzung des Gemeinderats

Der Gemeinderat besteht aus dem berufsmäßigen ersten Bürgermeister (§ 4) und 24 ehrenamtlichen Mitgliedern.

## § 2

### Ausschüsse

(1) Der Gemeinderat bestellt zur Mitwirkung bei der Erledigung seiner Aufgaben folgende ständige Ausschüsse:

- a) den Haupt- und Finanzausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und elf ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,
- b) den Bau-, und Planungsausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und elf ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,
- c) den Werkausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und elf ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern
- d) den Umwelt- und Verkehrsausschuss, bestehende aus dem Vorsitzenden und elf ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,
- e) den Ferienausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und elf ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern
- f) den Rechnungsprüfungsausschuss, bestehend aus sieben Mitgliedern des Marktgemeinderats.

(2) <sup>1</sup>Den Vorsitz in den in Absatz 1 Buchst. a) bis e) genannten Ausschüssen führt der erste Bürgermeister. <sup>2</sup>Den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss (Absatz 1 Buchstabe f) führt ein vom Gemeinderat bestimmtes Ausschussmitglied.

(3) <sup>1</sup>Die Ausschüsse sind vorberatend tätig, soweit der Marktgemeinderat selbst zur Entscheidung zuständig ist. <sup>2</sup>Im übrigen beschließen sie anstelle des Marktgemeinderats (beschließende Ausschüsse).

(4) Das Aufgabengebiet der Ausschüsse im Einzelnen ergibt sich aus der Geschäftsordnung, soweit es nicht durch gesetzliche Bestimmungen festgelegt ist.

### **§ 3**

#### **Tätigkeit der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder und Entschädigung bzw. Auslagenersatz**

(1) <sup>1</sup>Die Tätigkeit der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erstreckt sich auf die Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse. <sup>2</sup>Außerdem können einzelnen Mitgliedern besondere Verwaltungs- und Überwachungsbefugnisse nach näherer Vorschrift der Geschäftsordnung übertragen werden.

(2) Die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit als Entschädigung einen Pauschalbetrag von monatlich 65 € und ein Sitzungsgeld von je 45 € für die notwendige Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderats oder eines Ausschusses. Daneben erhält jedes ehrenamtliche Gemeinderatsmitglied eine Technikpauschale von 140 € pro Jahr der Legislaturperiode.

(3) Als Sitzungen nach § 3 Abs. 2 dieser Entschädigungsregelung gelten auch zwei außerordentliche Fraktionssitzungen pro Kalenderjahr. Als Nachweis für die Fraktionssitzungen sind die Anwesenheitslisten hierfür bei der Gemeindeverwaltung vorzulegen.

(4) Als Sitzungen nach § 3 Abs. 2 dieser Entschädigungsregelung gelten auch die Aufsichtsratssitzungen der MOSAIK Mehrgenerationenhaus Bachgau gGmbH und die Sitzung der Betriebskommission des Klärwerks soweit hier keine eigenständigen Entschädigungen gewährt werden.

(5) Die Vorsitzenden von Fraktionen des Marktgemeinderates erhalten eine monatliche zusätzliche Entschädigung für den Fraktionsgeschäftsführungsaufwand von 25 €.

(6) <sup>1</sup>Gemeinderatsmitglieder, die Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des ihnen entstandenen nachgewiesenen Verdienstaufschlags. <sup>2</sup>Selbstständig Tätige erhalten eine Pauschalentschädigung von 35 € je volle Stunde für den Verdienstaufschlag, der durch Zeitversäumnis ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist. <sup>3</sup>Sonstige Gemeinderatsmitglieder, denen im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten eine Pauschalentschädigung von 35 € je volle Stunde. <sup>4</sup>Die Ersatzleistungen nach diesem Absatz werden nur auf Antrag gewährt.

(7) Nachgewiesene Kosten für eine notwendige Betreuung von im Haushalt der ehrenamtlich tätigen Person lebenden

a) Kindern, die das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben,

b) Kindern mit Behinderung, die auf Hilfe angewiesen sind,

c) Angehörigen im Sinne des Art. 20 Abs. 5 BayVwVfG mit festgestelltem Pflegegrad nach § 15 Abs. 1 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch

können bis zu einem satzungsmäßig festgelegten Höchstbetrag ersetzt werden; für Personen, denen eine Entschädigung nach Abs. 5 zusteht, gilt Halbsatz 1 nur, soweit die erstattungsfähigen Betreuungskosten diese Entschädigung übersteigen.

(8) Die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erhalten eine Kostenerstattung für fachbezogene Schulungen über Stiftungen oder ähnliche Bildungsträger von maximal 1.100 € pro Legislaturperiode.

(9) Die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erhalten für auswärtige Tätigkeit Reisekosten und Tagegelder nach den Bestimmungen des Bayerischen Reisekostengesetzes.

#### **§ 4 Erster Bürgermeister**

Der erste Bürgermeister ist Beamter auf Zeit.

#### **§ 5 Weitere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen**

(1) Der erste Bürgermeister wird im Falle seiner Verhinderung durch den zweiten Bürgermeister, sofern auch dieser verhindert ist, durch den dritten Bürgermeister, sofern dieser verhindert ist durch das an Dienstjahren älteste Marktgemeinderatsmitglied vertreten (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO).

(2) Der zweite und dritte Bürgermeister sind Ehrenbeamte.

#### **§ 6 Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Diese Satzung tritt am Tages nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts vom 01.05.2026 außer Kraft.

Markt Großostheim  
Großostheim, den 08.05.2026

gez.

Ralf Herbst  
Erster Bürgermeister

# Geschäftsordnung für den Marktgemeinderat des Marktes Großostheim

<u>A. Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben</u> .....	8
<b><u>I. Der Gemeinderat</u></b> .....	8
<u>§ 1 Zuständigkeit im Allgemeinen</u> .....	8
<u>§ 2 Aufgabenbereich des Gemeinderats</u> .....	8
<b><u>II. Die Gemeinderatsmitglieder</u></b> .....	10
<u>§ 3 Rechtsstellung der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder, Befugnisse</u> .....	10
<u>§ 4 Umgang mit Dokumenten und elektronischen Medien</u> .....	11
<u>§ 5 Fraktionen, Ausschussgemeinschaften</u> .....	11
<b><u>III. Die Ausschüsse</u></b> .....	12
1. <u>Allgemeines</u> .....	12
<u>§ 6 Bildung, Vorsitz, Auflösung</u> .....	12
<u>§ 7 Vorberatende und beschließende Ausschüsse</u> .....	13
2. <u>Aufgaben der Ausschüsse</u> .....	13
<u>§ 8 Ständige Ausschüsse</u> .....	13
<u>§ 9 Ferienausschuss</u> .....	19
<u>§ 10 Rechnungsprüfungsausschuss</u> .....	19
<b><u>IV. Der erste Bürgermeister</u></b> .....	19
1. <u>Aufgaben</u> .....	19
<u>§ 11 Vorsitz im Gemeinderat</u> .....	19
<u>§ 12 Leitung der Gemeindeverwaltung, Allgemeines</u> .....	20
<u>§ 13 Einzelne Aufgaben</u> .....	20
<u>§ 14 Vertretung der Gemeinde nach außen</u> .....	24
<u>§ 15 Abhalten von Bürgerversammlungen</u> .....	25
<u>§ 16 Sonstige Geschäfte</u> .....	25
2. <u>Stellvertretung</u> .....	25
<u>§ 17 Weitere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, weitere Stellvertretung, Aufgaben</u> .....	25

<b><u>B. Der Geschäftsgang</u></b> .....	<b>26</b>
<b><u>I. Allgemeines</u></b> .....	<b>26</b>
<u>§ 18 Verantwortung für den Geschäftsgang</u> .....	26
<u>§ 19 Sitzungen, Beschlussfähigkeit</u> .....	26
<u>§ 20 Öffentliche Sitzungen</u> .....	26
<u>§ 21 Nichtöffentliche Sitzungen</u> .....	27
<b><u>II. Vorbereitung der Sitzungen</u></b> .....	<b>27</b>
<u>§ 22 Einberufung</u> .....	27
<u>§ 23 Tagesordnung</u> .....	28
<u>§ 24 Form und Frist für die Einladung</u> .....	28
<u>§ 25 Anträge</u> .....	29
<b><u>III. Sitzungsverlauf</u></b> .....	<b>29</b>
<u>§ 26 Eröffnung der Sitzung</u> .....	29
<u>§ 27 Eintritt in die Tagesordnung</u> .....	30
<u>§ 28 Beratung der Sitzungsgegenstände</u> .....	30
<u>§ 30 Wahlen</u> .....	32
<u>§ 31 Anfragen</u> .....	33
<u>§ 32 Beendigung der Sitzung</u> .....	33
<b><u>IV. Sitzungsniederschrift</u></b> .....	<b>33</b>
<u>§ 33 Form und Inhalt</u> .....	33
<u>§ 34 Einsichtnahme und Abschrifterteilung</u> .....	34
<b><u>V. Geschäftsgang der Ausschüsse</u></b> .....	<b>34</b>
<u>§ 35 Anwendbare Bestimmungen</u> .....	34
<u>§ 36 Art der Bekanntmachung</u> .....	35
<b><u>C. Schlussbestimmungen</u></b> .....	<b>35</b>
<u>§ 37 Änderung der Geschäftsordnung</u> .....	35
<u>§ 38 Verteilung der Geschäftsordnung</u> .....	35
<u>§ 39 Inkrafttreten</u> .....	35

Der Gemeinderat des Marktes Großostheim gibt sich aufgrund des Art. 45 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert wurde sowie gemäß Beschluss des Marktgemeinderates vom 07.05.2026 folgende

## **Geschäftsordnung:**

### **A. Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben**

#### **I. Der Gemeinderat**

##### **§ 1 Zuständigkeit im Allgemeinen**

(1) Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht ausdrücklich beschließenden Ausschüssen übertragen sind oder aufgrund eines Gesetzes bzw. einer Übertragung durch den Gemeinderat in die Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters fallen.

(2) <sup>1</sup>Der Gemeinderat überträgt die in § 8 genannten Angelegenheiten ständigen Ausschüssen, diese sind vorberatenden Ausschüssen zur Vorbereitung der Gemeinderatsentscheidungen und in den gesondert in § 8 genannten Angelegenheiten beschließenden Ausschüssen zur selbstständigen Erledigung. <sup>2</sup>Der Gemeinderat kann sich die Behandlung und Entscheidung im Einzelfall vorbehalten, wenn das die Bedeutung der Angelegenheit erfordert.

##### **§ 2 Aufgabenbereich des Gemeinderats**

Der Gemeinderat ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. die Beschlussfassung zu Bestands- oder Gebietsänderungen der Gemeinde und zu Änderungen des Namens der Gemeinde oder eines Gemeindeteils (Art. 2 und 11 GO),
2. die Entscheidung über Ehrungen, insbesondere die Verleihung und die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde (Art. 16 GO),
3. die Bildung und die Zusammensetzung der Ausschüsse sowie die Zuteilung der Aufgaben an diese (Art. 32, 33 GO),
4. die Aufstellung von Richtlinien für laufende Angelegenheiten nach Art. 37 Abs. 1 Satz 2 GO,
5. die Verteilung der Geschäfte unter die Gemeinderatsmitglieder (Art. 46 Abs. 1 Satz 2 GO),

6. die Wahlen (Art. 51 Abs. 3 und 4 GO),
7. die Beschlussfassung über Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Gemeinde der Genehmigung bedarf (z.B. aufgrund haushaltsrechtlicher Bestimmungen der GO oder Genehmigungsvorbehalte nach KAG, BauGB, KommZG),
8. a) den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen,  
b) den Aufstellungs- und Feststellungsbeschluss im Flächennutzungsplanverfahren sowie den Aufstellungs-, Einleitungs- und Satzungsbeschluss im Bebauungsplanverfahren,
9. die Beschlussfassung über die allgemeine Regelung der Bezüge der Gemeindebediensteten (z.B. Grundsatzentscheidungen bzgl. Gewährung einer Arbeitsmarktzulage, Verkürzung von Stufenlaufzeiten) und über beamten-, besoldungs-, versorgungs- und disziplinarrechtliche Angelegenheiten der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und der berufsmäßigen Gemeinderatsmitglieder, soweit nicht das Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen oder das Bayerische Disziplinargesetz etwas anderes bestimmen,
10. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und über die Nachtragshaushaltssatzungen (Art. 65 und 68 GO),
11. die Beschlussfassung über den Finanzplan (Art. 70 GO),
12. die Feststellung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie die Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 102 GO),
13. die Entscheidungen im Sinne von Art. 96 Abs. 1 Satz 1 GO über gemeindliche Unternehmen (z.B. Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Beteiligung),
14. die hinsichtlich der Eigenbetriebe dem Gemeinderat im Übrigen gesetzlich vorbehaltenen Angelegenheiten (Art. 88 GO),
15. die Bestellung und die Abberufung der Leitung und Stellvertretung des Rechnungsprüfungsamts und der Prüfer oder Prüferinnen (Art. 104 Abs. 3 GO) sowie der Vorschlag von Schöffinnen und Schöffen,
16. die Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens (Art. 18 a Abs. 8 GO) und die Durchführung eines Bürgerentscheids (Art. 18 a Abs. 2, Abs. 10 GO),
17. die allgemeine Festsetzung von Abgaben, Tarifen und Entgelten,
18. die Entscheidung über Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an eine Einrichtung, Ruhestandsversetzung und Entlassung der Beamten und Beamtinnen ab Besoldungsgruppe A 9, soweit diese Befugnisse nicht auf einen Ausschuss übertragen sind,
19. die Entscheidung über Einstellung, Höhergruppierung (nicht nur vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit), Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalgestellung und Entlassung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ab Entgeltgruppe 9a des TVöD oder ab einem entsprechenden Entgelt, soweit diese Befugnisse nicht auf einen Ausschuss übertragen sind,

20. die Entscheidung über Altersteilzeit der Gemeindebediensteten,
21. die Beschlussfassung über die Beteiligung an Zweckverbänden und, soweit hoheitliche Befugnisse übertragen werden, über den Abschluss von Zweckvereinbarungen,
22. die grundsätzlichen Angelegenheiten gemeindlicher Planungen, z.B. der Bauleitplanung, der Ortsplanung, der Landschaftsplanung und der Regional- und Landesplanung, der Gewässerplanung und gemeindeübergreifender Planungen und Projekte,
23. die Namensgebung für Straßen, Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen,
24. der Vorschlag, die Entsendung und die Abberufung von Vertretern der Gemeinde in andere Organisationen und Einrichtungen,
25. die Beschlussfassung über die Vereinbarung einer kommunalen Partnerschaft,
26. die grundsätzlichen Angelegenheiten gemeindlich verwalteter Stiftungen, insbesondere Änderungen des Stiftungszwecks,

## **II. Die Gemeinderatsmitglieder**

### **§ 3 Rechtsstellung der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder, Befugnisse**

- (1) Gemeinderatsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.
- (2) Für die allgemeine Rechtsstellung der Gemeinderatsmitglieder (Teilnahmepflicht, Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht, Geheimhaltungspflicht, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Geltendmachung von Ansprüchen Dritter, Ablehnung, Niederlegung und Verlust des Amtes) gelten die Art. 48 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 bis 3, Art. 56a, Art. 49, 50, 48 Abs. 3 GO sowie Art. 47 bis Art. 49 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz.
- (3) Der Gemeinderat kann zur Vorbereitung seiner Entscheidungen durch besonderen Beschluss einzelnen seiner Mitglieder bestimmte Aufgabengebiete (Referate) zur Bearbeitung zuteilen und sie insoweit mit der Überwachung der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit betrauen (Art. 46 Abs. 1 Satz 2, Art. 30 Abs. 3 GO).
- (4) Zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen sind Gemeinderatsmitglieder nur berechtigt, soweit ihnen der erste Bürgermeister im Rahmen der Geschäftsverteilung nach Anhörung der weiteren Bürgermeister einzelne seiner Befugnisse (§§ 11 bis 15) überträgt (Art. 39 Abs. 2 GO).
- (5) <sup>1</sup>Gemeinderatsmitglieder, die eine Tätigkeit nach Absatz 3 oder 4 ausüben, haben ein Recht auf Akteneinsicht innerhalb ihres Aufgabenbereichs. <sup>2</sup>Zur Vorbereitung von Tagesordnungspunkten der nächsten Sitzung erhält jedes Gemeinderatsmitglied nach vorheriger Terminvereinbarung das Recht zur Einsicht in die entscheidungserheblichen Unterlagen, sofern Gründe der Geheimhaltung nicht entgegenstehen. <sup>3</sup>Im Übrigen haben

Gemeinderatsmitglieder ein Recht auf Akteneinsicht, wenn sie vom Gemeinderat durch Beschluss mit der Einsichtnahme beauftragt werden. <sup>4</sup>Das Verlangen zur Akteneinsicht ist gegenüber dem ersten Bürgermeister geltend zu machen.

#### **§ 4 Umgang mit Dokumenten und elektronischen Medien**

(1) <sup>1</sup>Der Verschwiegenheitspflicht unterfallende schriftliche und elektronische Dokumente sind so aufzubewahren, dass sie dem unbefugten Zugriff Dritter entzogen sind. <sup>2</sup>Im Umgang mit solchen Dokumenten beachten die Gemeinderatsmitglieder Geheimhaltungsinteressen und den Datenschutz. <sup>3</sup>Werden diese Dokumente für die Tätigkeit als Gemeinderatsmitglied nicht mehr benötigt, sind sie zurückzugeben oder datenschutzkonform zu vernichten bzw. zu löschen.

(2) <sup>1</sup>Beschlussvorlagen sind interne Ausarbeitungen der Verwaltung für den Gemeinderat. <sup>2</sup>Eine Veröffentlichung der Beschlussvorlagen und weiterer Sitzungsunterlagen durch Gemeinderatsmitglieder ist nur zulässig, wenn der erste Bürgermeister und der Gemeinderat unter Berücksichtigung des Datenschutzes zugestimmt haben und die Unterlagen nur Tatsachen enthalten, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. <sup>3</sup>Die Veröffentlichung oder Weitergabe von Beschlussvorlagen und weiteren Sitzungsunterlagen zu nichtöffentlichen Sitzungen ist nicht zulässig.

(3) Die Gemeinderatsmitglieder, die über die technischen Voraussetzungen zum Versenden und Empfangen elektronischer Post verfügen, können dem ersten Bürgermeister schriftlich eine elektronische Adresse mitteilen, an die Einladungen im Sinne des § 24 übersandt bzw. von der Anträge im Sinne des § 25 versandt werden.

(4) <sup>1</sup>Die Nutzung elektronischer Medien während der Sitzung darf nur erfolgen, soweit durch sie eine aktive Sitzungsteilnahme nicht gefährdet und der Sitzungsverlauf nicht gestört wird. <sup>2</sup>Für die Fertigung von Ton- und Bildaufnahmen durch Gemeinderatsmitglieder gelten § 20 Abs. 2 Sätze 3 und 4 entsprechend.

#### **§ 5 Fraktionen, Ausschussgemeinschaften**

(1) <sup>1</sup>Gemeinderatsmitglieder können sich zur Erreichung gemeinsamer Ziele zu Fraktionen zusammenschließen. <sup>2</sup>Eine Fraktion muss mindestens zwei Mitglieder haben. <sup>3</sup>Die Bildung und Bezeichnung der Fraktionen sowie deren Vorsitzende und ihre Stellvertretung sind dem ersten Bürgermeister mitzuteilen; dieser unterrichtet den Gemeinderat. <sup>4</sup>Satz 3 gilt entsprechend für während der Wahlzeit eintretende Änderungen des Stärkeverhältnisses der Fraktionen und Gruppen (Art. 33 Abs. 3 GO).

(2) <sup>1</sup>Einzelne Gemeinderatsmitglieder und kleine Gruppen oder Fraktionen, die aufgrund ihrer eigenen Stärke keine Vertretung in den Ausschüssen erreichen würden, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in die Ausschüsse zusammenschließen (Ausschussgemeinschaften; Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO). <sup>2</sup>Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

## III. Die Ausschüsse

### 1. Allgemeines

#### § 6 Bildung, Vorsitz, Auflösung

(1) <sup>1</sup>In den Ausschüssen nach § 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts sind die den Gemeinderat bildenden Fraktionen und Gruppen unter Berücksichtigung von Ausschussgemeinschaften gemäß ihren Vorschlägen nach dem Verhältnis ihrer Stärke vertreten (Art. 33 Abs. 1 Satz 2 GO); als Gruppe im Sinne dieser Vorschrift gelten auch einzelne Ratsmitglieder, die keiner Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft angehören. <sup>2</sup>Die Sitze werden nach dem Verfahren Hare-Niemeyer verteilt. <sup>3</sup>Dabei wird die Zahl der Gemeinderatssitze jeder Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft mit der Zahl der zu vergebenden Ausschusssitze multipliziert und durch die Gesamtzahl der Gemeinderatssitze geteilt. <sup>4</sup>Jede Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. <sup>5</sup>Die weiteren zu vergebenden Sitze sind in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung nach Satz 3 ergeben, auf die Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften zu verteilen. <sup>6</sup>Haben Fraktionen oder Gruppen den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet die größere Zahl der bei der Gemeinderatswahl auf die Wahlvorschläge der betroffenen Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen; bei Beteiligung einer Ausschussgemeinschaft entscheidet das Los. <sup>7</sup>Wird durch den Austritt oder Übertritt von Gemeinderatsmitgliedern das ursprüngliche Stärkeverhältnis der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppen verändert, so sind diese Änderungen nach den Sätzen 2 bis 5 auszugleichen (Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GO); haben danach Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet das Los.

(2) Für die Mitglieder eines Ausschusses werden für den Fall ihrer Verhinderung je Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft auf deren Vorschlag stellvertretende Mitglieder in einer bestimmten Reihenfolge namentlich bestellt.

(3) <sup>1</sup>Den Vorsitz in den Ausschüssen führt der erste Bürgermeister, einer seiner Stellvertreter oder ein vom ersten Bürgermeister bestimmtes Gemeinderatsmitglied (Art. 33 Abs. 2 Satz 1 GO). <sup>2</sup>Ist die den Vorsitz übernehmende Person bereits Mitglied des Ausschusses, nimmt deren Vertreter für die Dauer der Übertragung den Sitz im Ausschuss ein (Art. 33 Abs. 2 Satz 2 GO). <sup>3</sup>Den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss führt ein vom Gemeinderat bestimmtes Ausschussmitglied (Art. 103 Abs. 2 GO).

(4) Der Gemeinderat kann Ausschüsse jederzeit auflösen (Art. 32 Abs. 5 GO); das gilt nicht für Ausschüsse, die gesetzlich vorgeschrieben sind.

## **§ 7 Vorberatende und beschließende Ausschüsse**

(1) Vorberatende Ausschüsse haben die Aufgabe, die ihnen übertragenen Gegenstände für die Beratung in der Vollversammlung des Gemeinderates vorzubereiten und einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. Berührt eine Angelegenheit das Arbeitsgebiet mehrerer vorberatender Ausschüsse, so können diese zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten.

(2) Beschließende Ausschüsse erledigen die ihnen übertragenen Angelegenheiten selbständig anstelle des Gemeinderates.

(3) <sup>1</sup>Die Entscheidungen beschließender Ausschüsse stehen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durch den Gemeinderat. <sup>2</sup>Eine Nachprüfung muss nach Art. 32 Abs. 3 GO erfolgen, wenn der erste Bürgermeister oder sein Stellvertreter im Ausschuss, ein Drittel der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder die Nachprüfung durch den Gemeinderat beantragt. <sup>3</sup>Der Antrag muss schriftlich, spätestens am siebten Tag nach der Ausschusssitzung beim ersten Bürgermeister eingehen. <sup>4</sup>Soweit Beschlüsse die Rechte Dritter berühren, werden sie erst nach Ablauf einer Frist von einer Woche wirksam.

## **2. Aufgaben der Ausschüsse**

### **§ 8 Ständige Ausschüsse**

(1) Die Ausschüsse sind im Rahmen ihres Aufgabenbereichs vorberatend tätig, soweit der Gemeinderat nach §§ 1 und 2 selbst zur Entscheidung zuständig ist. Im Übrigen entscheiden sie anstelle des Gemeinderates als beschließende Ausschüsse.

(2) Die ständigen Ausschüsse haben im Einzelnen folgende Aufgabenbereiche:

#### **1. Haupt- und Finanzausschuss:**

##### Vorberatender Ausschuss:

- 1.1    Angelegenheiten der Verwaltung von grundsätzlicher Bedeutung,
- 1.2    Erlass der Haushaltssatzung und Aufstellung des Haushaltsplanes,
- 1.3    Grundsätzliche Fragen des Finanz- und Steuerwesens sowie der Gebührenhaushalte (z.B. Wasser-, Abwasser-, Friedhof- oder Kindergartengebühren),
- 1.4    Vorbereitung der Geschäftsordnung des Marktgemeinderates sowie der Satzungen und Verordnungen des Ortsrechtes,
- 1.5    Rechtsfragen und Vereinbarungen grundsätzlicher Art sowie Fragen über die Beteiligung an Zweckverbänden, über den Abschluss von Zweckvereinbarungen und

über die Mitgliedschaft in sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts,

- 1.6 Entscheidungsvorschlag über Ernennung, Beförderung , Abordnung, Versetzung, Zuweisung an eine Einrichtung, Ruhestandsversetzung und Entlassung von Beamten ab der Besoldungsgruppe A 13 sowie die Entscheidung über die Einstellung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalgestellung und Entlassung von Arbeitnehmern ab der Entgeltgruppe 12 des TVöD oder einem entsprechenden Entgelt.
- 1.7 Grundsätzliche Fragen des Schulwesens und der Kindergärten,
- 1.8 Grundsatzfragen zur Förderung des Schul-, Vereins- und Breitensports,
- 1.9 Grundsatzfragen zur Förderung des Fremdenverkehrs,
- 1.10 Ausarbeitung des Erwerbs und der Veräußerungen, Verpfändungen von Vermögensgegenständen (insbesondere von Grundstücksflächen) von mehr als 200.000 Euro im Einzelnen und zwar im Rahmen der hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,

Beschließender Ausschuss:

- 1.11 Aufnahme von Darlehen, deren Gesamtbetrag nach Art. 71 GO bereits genehmigt ist,
- 1.12 Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben gem. Art. 66 GO oberhalb des Rahmens der Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters bis 150.000 Euro, mit Ausnahme der Beschlussfassung nach 2.12 dieser Geschäftsordnung
- 1.13 Vertragsabschlüsse wiederkehrender Art oberhalb des Rahmens der Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters,
- 1.14 Beschlussmäßige Überprüfung der Widersprüche, die im Zusammenhang mit der Festlegung von Herstellungsbeiträgen, Rohrnetzkostenbeiträgen und Erschließungskosten eingelegt werden, soweit diese von grundsätzlicher Bedeutung sind bis 150.000 Euro,
- 1.15 Überwachung der Haushaltsansätze,
- 1.16 Entscheidungen über die Bildung von Erschließungseinheiten sowie die Festlegung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes in besonderen Fällen,
- 1.17 Erlass, Niederschlagung und Stundung bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:
  - a. Erlass von mehr als 12.500 bis 25.000 Euro,
  - b. Niederschlagung von mehr als 60.000 bis 150.000 Euro,
  - c. Stundung von mehr als 150.000 bis 250.000 Euro,

- 1.18 Ausgaben, insbesondere für Anschaffungen und Aufträge sowie Abschluss von Verträgen für Lieferungen und Leistungen im Rahmen des Haushaltsplanes von mehr als 150.000 Euro bis maximal 700.000 Euro,
- 1.19 Entscheidung über Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an eine Einrichtung, Ruhestandsversetzung und Entlassung von Beamten der Besoldungsgruppen A 9 bis einschließlich A 12 sowie die Entscheidung über die Einstellung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalgestaltung und Entlassung von Arbeitnehmern der Entgeltgruppen 9a bis 11 des TVöD oder einem entsprechenden Entgelt,
- 1.20 Abwicklung von Rechtsstreitigkeiten, ab einem Streitwert von mehr als 150.000 Euro und Abschluss von Vergleichen ab einem Zugeständnis des Marktes von mehr als 150.000 Euro,
- 1.20 Fragen des Vollzugs der Marktordnung von grundsätzlicher Bedeutung,
- 1.21 Bestätigung der Feuerwehrkommandanten und deren Stellvertreter gem. Art. 8 BayFwG sowie die Benennung und Abberufung der oder des behördlichen Datenschutzbeauftragten, usw.
- 1.22 Überwachung der Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Einrichtungen sowie der städtischen Betriebe, soweit sie nicht Eigenbetriebe im Sinne der Eigenbetriebsverordnung sind,
- 1.23 allgemeine Friedhofsangelegenheiten,
- 1.24 Grundsatzfragen zu Gemeindepartnerschaften, soweit nicht durch die Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters abgedeckt,
- 1.25 Grundsatzfragen zur Jugendhilfe, Jugendbetreuung, Familienfürsorge und -förderung und zu sozialen Diensten,
- 1.26 Grundsatzfragen zur Seniorenarbeit,
- 1.27 Grundsatzfragen zur Ausländerbetreuung und Flüchtlingsfragen,
- 1.28 Organisatorische Fragen der Grund- und Hauptschule und für die Kindergärten/Hort in Zusammenarbeit mit Leitung und Beiräten, soweit nicht laufendes Verwaltungsgeschäft,
- 1.29 Grundsatzfragen zur Schülerbeförderung,
- 1.30 Erlass oder Änderung der kommunalen Zuschussrichtlinien,
- 1.31 Zuschüsse an Vereine, Kirchen, Verbände und sonstige Organisationen bis zum Einzelbetrag von 70.000 Euro im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, soweit nicht der erste Bürgermeister zuständig ist,
- 1.32 Entscheidung über die Durchführung von sportlichen, kulturellen und sozialen Einzelveranstaltungen (nicht Veranstaltungsreihen) durch den Markt Großostheim als Veranstalter bzw. Ausrichter mit einem Kostenbetrag von mehr 150.000 Euro im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel,

- 1.33 grundsätzliche Fragen sportlicher, kultureller und sozialer Angelegenheiten,
- 1.34 Fragen des kulturellen Lebens in Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen,
- 1.35 kirchliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit den Pfarrämtern und Kirchen- bzw. Pfründestiftungen,
- 1.36 Grundsatzfragen Heimatpflege und Heimatgeschichte, einschließlich der Weingabe,
- 1.37 Erwerb und Veräußerungen von Grundstücksflächen sowie Abschluss von Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäften über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte von mehr als 150.000 Euro bis 250.000 Euro im Einzelfall im Rahmen der hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,
- 1.38 Entscheidungen über Rangrücktrittserklärungen von Rechten im Grundbuch bei Belastungen von mehr als 2/3 des Objektwertes,
- 1.39 Abgabe von Erklärungen über dingliche Rechte von mehr als 150.000 Euro bis 350.000 Euro im Einzelfall, wenn dadurch grundsätzliche Rechte des Marktes nicht gefährdet werden,

## **2. Bau- und Planungsausschuss:**

### Vorberatender Ausschuss:

- 2.1 Ausarbeitung einer beschlussreifen Entwurfsplanung bzw. Genehmigungsplanung im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau (v.a. Gebäude-, Straßen-, Kanal- und Bauwerksplanungen inkl. Sanierungen) sowie Planung von technischen Anlagen für die Trinkwasserversorgung sowie die Abwasserbeseitigung (soweit sie nicht unter 3.1 fallen und mit dem Straßenbau zusammenhängen), einschließlich etwaiger Erschließungsplanungen,
- 2.2 Ausarbeitung einer beschlussreifen Entwurfsplanung bzw. Genehmigungsplanung für die Neuanlage, wesentliche Erweiterung, Sanierung und Umstrukturierung von Friedhofsanlagen,
- 2.3 Ausarbeitung einer beschlussreifen Entwurfsplanung bzw. Genehmigungsplanung zur Planung und Unterhaltung von Sport- und Freizeitanlagen, einschließlich des Schwimmbades (Hallen- und Freibad) sowie von kulturellen und sozialen Einrichtungen (v.a. Kultur- und Sporthallen),
- 2.4 Grundsatzfragen des Denkmalschutzes,

### Beschließender Ausschuss:

- 2.5 Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB, der Zustimmung nach § 36a BauGB und sonstiger Zustimmungen zu Bauvorhaben sowie bei Bauvorhaben im Außenbereich nach § 35 BauGB von grundsätzlicher Bedeutung,

- 2.6 Stellungnahmen zu Verfahren anderer Behörden (z.B. nach Immissionsschutz- oder Wasserrecht), wenn das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt/versagt werden muss,
- 2.7 Entscheidungen über die Ausübung des Vorkaufsrechts gem. §§ 24 ff. BauGB, soweit die Verwaltung die Ausübung des Vorkaufsrechts empfiehlt,
- 2.8 Zustimmung nach §§ 144, 145 BauGB von grundsätzlicher Bedeutung zu sanierungsrechtlichen Genehmigungen inkl. ggf. erforderlichen städtebaulichen Verträgen,
- 2.9 Entscheidung über alle Hoch- und Tiefbaumaßnahmen des Marktes im Rahmen der Ausführung sowie Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen und Abschluss von Ingenieurverträgen von mehr als 150.000 Euro bis max. 1.000.000 Euro im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsansätze, die zum Neubau und zur Unterhaltung von städtischen Gebäuden, öffentlichen Einrichtungen und Plätzen sowie Straßenbaumaßnahmen notwendig sind,
- 2.10 Entscheidung über alle Hoch- und Tiefbaumaßnahmen des Marktes im Rahmen der Ausführung sowie Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen und Abschluss von Ingenieurverträgen von mehr als 60.000 Euro bis max. 150.000 Euro, soweit diese nicht im Haushaltsplan bereitgestellt sind und eine Deckung gewährleistet ist, die zum Neubau und zur Unterhaltung von städtischen Gebäuden, öffentlichen Einrichtungen und Plätzen sowie Straßenbaumaßnahmen notwendig sind,
- 2.11 Abschluss von Miet- und Pachtverträgen, wenn die Gegenleistung mehr als 50.000 Euro im Haushaltsjahr beträgt und die Verträge auf mehr als 10 Jahre unkündbar abgeschlossen werden, ausgenommen den Mietverträgen über Wohnraum, die in die Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters fallen,
- 2.12 Behandlung von Bebauungsplänen, Naherholungsplan (Freizeitzentrum), Landschaftsplanung, Agrarstrukturplanung, Grünordnungsplan und Stadt- und Ortskernsanierung und der Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB, ausgenommen den Aufstellungs- und Satzungsbeschluss, für den der Gemeinderat zuständig ist (§ 2 Ziffer 8 a); die Behandlung aller sonstigen Satzungen nach den Vorschriften des Ersten Kapitels des Baugesetzbuches, sowie aller örtlichen Bauvorschriften im Sinne des Art. 81 BayBO, auch in den Fällen des Art. 81 Abs. 2 BayBO (örtliche Bauvorschrift mit Bebauungsplan); die Durchführung des Verfahrens zur Aufstellung von Flächennutzungsplänen, ausgenommen den Aufstellungs- und Feststellungsbeschluss, für den der Gemeinderat zuständig ist (§ 2 Ziffer 8 b),
- 2.13 Angelegenheiten des Naturschutzes, des Ökokontos und des Artenschutzes im Zusammenhang mit den Bauleitplänen nach Ziffer 2.17 (z.B. Ökoausgleich oder Neubegründung von Ökokontoflächen, Umsetzung von Artenschutzmaßnahme),
- 2.14 Wahrnehmung der Beteiligtenrechte in Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sowie in der Bauleitplanung anderer Gebietskörperschaften öffentlichen Rechts, soweit nicht von grundsätzlicher Bedeutung oder diese aufgrund der Sachlage nicht durch den ersten Bürgermeister zu erledigen sind,

### **3. Umwelt- und Verkehrsausschuss:**

#### Vorberatender Ausschuss:

- 3.1 Grundsatzfragen der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung (z.B. neues Wasserrecht für Kläranlage oder Schmutzwasserentlastungen, Schutzgebietsverfahren für die Trinkwasserversorgung),
- 3.2 Grundsatzfragen der Landwirtschaft, der Fischerei, der Tierzucht, der Jagdpacht und des kommunalen Waldbesitzes,
- 3.3 Grundsatzfragen des Natur- und Umweltschutzes sowie der Abfallwirtschaft,
- 3.4 Grundsatzfragen der Landschaftspflege und des Landschaftsschutzes,
- 3.5 Grundsatzfragen des öffentlichen Personennahverkehrs soweit die Zuständigkeit beim Markt Großostheim liegt,
- 3.6 Grundsatzfragen des Klimawandels,

#### Beschließender Ausschuss:

- 3.7 Angelegenheiten der kommunalen Trinkwasserversorgung (v.a. Gewinnung, Aufbereitung, Verteilung und Ausgleichszahlungen für die Nitratsanierung) sowie die Abwasserbeseitigung (v.a. Kanalisation, Überlaufbauwerke, Kläranlage und Flutmulde) soweit es nicht Grundsatzangelegenheiten sind (vgl. obig unter 3.1) oder unter die Angelegenheiten der laufenden Verwaltung fallen,
- 3.8 Widmung, Umstufung, Einziehung von Straßen und öffentlichen Wegen,
- 3.9 Verkehrsrechtliche Anordnungen des Marktes Großostheim als örtliche Straßenverkehrsbehörde, soweit diese Anordnungen auf Dauer gerichtet sind und in besonderen Fällen,
- 3.10 Stellungnahme zu Vorschlägen, insbesondere der Straßenverkehrsbehörde, Landespolizei und dergleichen in besonderen Fällen und falls erforderlich, die Teilnahme an Verkehrsschauen,
- 3.11 Verabschiedung des Fällungs- und Kulturplanes sowie Vorbereitung und Überwachung des Forstwirtschaftsplanes,
- 3.12 Grundsatzfragen zu öffentlichen Grünanlagen, einschließlich der Biotop- und Heckenpflege (ausgenommen Planungen siehe nachfolgend unter Ziffer 3.),
- 3.13 Angelegenheiten der örtlichen und überörtlichen Abfallwirtschaft,
- 3.14 Angelegenheiten der Energieversorgung des Marktes Großostheim, einschließlich der Energieeinsparmaßnahmen und Maßnahmen zur Verbesserung des Klimas,

#### **4. Werkausschuss:**

Alle Angelegenheiten der gemeindlichen Eigenbetriebe, soweit nicht der Gemeinderat zur Entscheidung ausschließlich zuständig ist, sich die Entscheidung allgemein vorbehält oder im Einzelfall an sich zieht oder es sich um Angelegenheiten der laufenden Geschäftsführung des Eigenbetriebs handelt.

### **§ 9 Ferienausschuss**

- (1) Der Marktgemeinderat bestimmt den August eines jeden Jahres zu seiner Ferienzeit.
- (2) <sup>1</sup>Der Ferienausschuss ist in der Ferienzeit nach Abs. 1 für alle Aufgaben zuständig, für die sonst der Gemeinderat oder ein beschließender Ausschuss zuständig wäre. <sup>2</sup>Die Vorschriften über den Geschäftsgang gelten für den Ferienausschuss entsprechend. <sup>3</sup>Die Regelungen der Bayerischen Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern bleiben unberührt (Art. 32 Abs. 4 Satz 3 GO).

### **§ 10 Rechnungsprüfungsausschuss**

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen (örtliche Rechnungsprüfung, Art. 103 Abs. 1 GO).

## **IV. Der erste Bürgermeister**

### **1. Aufgaben**

#### **§ 11 Vorsitz im Gemeinderat**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister führt den Vorsitz im Gemeinderat (Art. 36 GO). <sup>2</sup>Er bereitet die Beratungsgegenstände vor und beruft die Sitzungen ein (Art. 46 Abs. 2 GO). <sup>3</sup>In den Sitzungen leitet er die Beratung und die Abstimmung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus (Art. 53 Abs. 1 GO).

(2) <sup>1</sup>Hält der erste Bürgermeister Entscheidungen des Gemeinderats oder eines beschließenden Ausschusses für rechtswidrig, verständigt er den Gemeinderat oder den Ausschuss von seiner Auffassung und setzt den Vollzug vorläufig aus. <sup>2</sup>Wird die Entscheidung aufrechterhalten, führt er die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbei (Art. 59 Abs. 2 GO).

## **§ 12 Leitung der Gemeindeverwaltung, Allgemeines**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister leitet und verteilt im Rahmen der Geschäftsordnung die Geschäfte (Art. 46 Abs. 1 GO). <sup>2</sup>Er kann dabei einzelne seiner Befugnisse den weiteren Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen, nach deren Anhörung auch einem Gemeinderatsmitglied und in den Angelegenheiten der laufenden Verwaltung Bediensteten der Gemeinde übertragen (Art. 39 Abs. 2 GO). <sup>3</sup>Zur Übertragung von Befugnissen im Sinne des Art. 39 Abs. 2 Halbsatz 2 GO wird hiermit die Zustimmung des Gemeinderates allgemein erteilt. <sup>4</sup>Geschäftsverteilung und Befugnisregelung sollen übereinstimmen.

(2) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister vollzieht die Beschlüsse des Gemeinderats und seiner Ausschüsse (Art. 36 GO). <sup>2</sup>Über Hinderungsgründe unterrichtet er den Gemeinderat oder den Ausschuss unverzüglich.

(3) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister führt die Dienstaufsicht über die Gemeindebediensteten und übt die Befugnisse des Dienstvorgesetzten gegenüber den Gemeindebeamten und Gemeindebeamtinnen aus (Art. 37 Abs. 4, Art. 43 Abs. 3 GO). <sup>2</sup>Art. 88 Abs. 3 Satz 3 GO bleibt unberührt.

(4) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister verpflichtet die weiteren Bürgermeister und Bürgermeisterinnen schriftlich, alle Angelegenheiten geheim zu halten, die im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder Unbefugten nicht bekannt werden dürfen. <sup>2</sup>In gleicher Weise verpflichtet er Gemeinderatsmitglieder und Gemeindebedienstete, bevor sie mit derartigen Angelegenheiten befasst werden (Art. 56a GO).

## **§ 13 Einzelne Aufgaben**

(1) Der erste Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit

1. die laufenden Angelegenheiten, die für die Gemeinde keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO),
2. die den Gemeinden durch ein Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes übertragenen hoheitlichen Aufgaben in Angelegenheiten der Verteidigung einschließlich des Wehrersatzwesens und des Schutzes der Zivilbevölkerung, soweit nicht für haushalts- oder personalrechtliche Entscheidungen der Gemeinderat zuständig ist (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO),
3. die Angelegenheiten, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten sind (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GO),
4. die ihm vom Gemeinderat nach Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO übertragenen Angelegenheiten,
5. die Entscheidung über die Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an eine Einrichtung, Ruhestandsversetzung und Entlassung von Beamten und Beamtinnen bis zur Besoldungsgruppe A 8 (Art. 43 Abs. 2 Satz 1 GO),
6. die Entscheidung über die Einstellung, Höhergruppierung (nicht nur vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit), Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen

Dritten, Beschäftigung mittels Personalstellung und Entlassung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen bis zur Entgeltgruppe 8 des TVöD oder bis zu einem entsprechenden Entgelt (Art. 43 Abs. 2 Satz 1 GO),

7. die vorübergehende Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit für den Zeitraum von maximal 6 Monate auf einen Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin im Geltungsbereich des TVöD oder eines entsprechenden Tarifvertrags,
8. dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte (Art. 37 Abs. 3 GO),
9. die Aufgaben als Vorsitzender des Verwaltungsrates selbständiger Kommunalunternehmen des öffentlichen Rechts (Art. 90 Abs. 3 Satz 2 GO),
10. die Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform (Art. 93 Abs. 1 GO).
  - a) In Bezug auf die MOSAIK Mehrgenerationenhaus Bachgau gGmbH werden dem ersten Bürgermeister die Entscheidungen der laufenden Zusammenarbeit mit der Unternehmensführung bis 100.000 Euro Auswirkungen auf den Kommunalhaushalt zur selbständigen Erledigung übertragen (Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO).
  - b) In Bezug auf die Energienetze Großostheim GmbH und Co. KG werden dem ersten Bürgermeister die Entscheidungen über der laufenden Zusammenarbeit mit der Unternehmensführung bis 100.000 Euro Auswirkungen auf den Kommunalhaushalt zur selbständigen Erledigung übertragen (Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO).
  - c) In Bezug auf die WLA Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises Aschaffenburg mbH werden dem ersten Bürgermeister die Entscheidungen über der laufenden Zusammenarbeit mit der Unternehmensführung bis 100.000 Euro Auswirkungen auf den Kommunalhaushalt zur selbständigen Erledigung übertragen (Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO).
  - d) In Bezug auf die Energiewerk Landkreis Aschaffenburg, gKU werden dem ersten Bürgermeister die über der laufenden Zusammenarbeit mit der Unternehmensführung bis 100.000 Euro Auswirkungen auf den Kommunalhaushalt zur selbständigen Erledigung übertragen (Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO).

Nicht zur den Entscheidungen der laufenden Unternehmensführung nach den Buchstaben a) bis d) gehören:

- die Aufstellung und Verabschiedung des Wirtschaftsplanes sowie die handels- und steuerrechtlichen Bilanzen, einschließlich der Entscheidung über die Verwendung der Jahresüberschüsse oder -verluste,
- die Änderung, Neufassung oder Überarbeitung der Gesellschaftsverträge sowie der maßgeblichen Vertragsgrundlagen des Unternehmens,
- die Anstellung und Entlassung von Geschäftsführer/innen,
- die Unterbeteiligung an weiteren Unternehmen sowie die Neugründung von Tochtergesellschaften,
- die Änderung oder Erweiterung des Unternehmens, v.a. in neue Marktsegmente hinein,

- die Änderung und Neuausrichtung der Unternehmensstrategien.

(2) Zu den Aufgaben des ersten Bürgermeisters gehören insbesondere auch:

1. in Personalangelegenheiten der Gemeindebediensteten:

- a) der Vollzug zwingender gesetzlicher oder tarifrechtlicher Vorschriften sowie etwaiger Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates,
- b) Entscheidungen im Zusammenhang mit Nebentätigkeiten.

2. in allen Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde:

a) die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln

- im Vollzug zwingender Rechtsvorschriften und im Rahmen von Richtlinien des Gemeinderats, in denen die Leistungen nach Voraussetzung und Höhe festgelegt sind,
- im Übrigen bis zu einem Betrag von 150.000 Euro im Einzelfall,

b) der Erlass, die Niederschlagung, die Stundung und die Aussetzung der Vollziehung von Abgaben, insbesondere von Steuern, Beiträgen und Gebühren sowie von sonstigen Forderungen bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:

- Erlass 12.500 Euro
- Niederschlagung 60.000 Euro
- Stundung 150.000 Euro über ein Jahr 60.000 Euro
- Aussetzung der Vollziehung 60.000 Euro

c) die Entscheidung über überplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 60.000 Euro und über außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 30.000 Euro im Einzelfall, soweit sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (Art. 66 Abs. 1 Satz 1 GO),

d) Handlungen oder Unterlassen jeder Art mit Auswirkungen für die Gemeinde, insbesondere der Abschluss von Verträgen und sonstiger Rechtsgeschäfte sowie die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten der Gemeinde, bis zu einem Betrag oder – falls dieser zum Zeitpunkt der Handlung oder des Unterlassens nicht feststeht – einer Wertgrenze oder einem geschätzten Auftragswert von 150.000 Euro,

e) Nachträge zu Verträgen und Rechtsgeschäften außerhalb der Bewirtschaftungsbefugnis nach Buchstabe a (entweder bereits ohne Nachtrag oder erstmalig aufgrund Summierung mit Nachträgen), die einzeln oder zusammen die ursprünglich vereinbarte Auftragssumme um nicht mehr als 10%, insgesamt jedoch nicht mehr als 60.000 Euro erhöhen,

3. in allgemeinen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten:

- a) die Behandlung von Rechtsbehelfen einschließlich Abhilfeverfahren, die Abgabe von Prozessklärungen einschließlich Klageerhebung, Einlegung von Rechtsmitteln und

Abschluss von Vergleichen sowie die Erteilung des Mandats an einen Prozessbevollmächtigten oder eine Prozessbevollmächtigte, wenn die finanzielle Auswirkung auf die Gemeinde bzw., falls diese nicht bestimmbar ist, der Streitwert voraussichtlich 150.000 Euro nicht übersteigt und die Angelegenheit keine grundsätzliche Bedeutung hat,

- b) Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht dem Gemeinderat oder einem Ausschuss vorbehalten sind (§§ 2, 8), insbesondere Staatsangehörigkeits- und Personenstandswesen, Meldewesen, Wahlrecht und Statistik, Gesundheits- und Veterinärwesen, öffentliches Versicherungswesen, Lastenausgleich.
- c) Erlass einfacher verkehrsrechtlicher Anordnungen. Hierunter fallen insbesondere die Anordnung von
  - Gefahrenzeichen (§ 40 StVO)
  - Vorschriftzeichen (§ 41 StVO), mit Ausnahme von Einbahnstraßen (VZ 220), Haltestellen (VZ 224 und 229), zulässigen Höchstgeschwindigkeiten (VZ 274), Geschwindigkeitszonen (VZ 274.1), Fahrradstraßen (VZ 244.1) und Fußgängerüberwege (VZ 293 i.V.m. 350)
  - Richtzeichen (§ 42 StVO), mit Ausnahme von Vorfahrtstraße (VZ 306) und verkehrsberuhigten Bereichen (VZ 325).

#### 4. in Bauangelegenheiten:

- a) die Abgabe der Erklärung der Gemeinde nach Art. 58 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 bzw. die Mitteilung nach Art. 58 Abs. 2 Satz 6 BayBO,
- b) die Behandlung der Anzeige nach Art. 57 Abs. 5 Satz 2 BayBO,
- c) die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach Art. 65 Abs. 1 Satz 4 BayBO, § 36 BauGB und Art. 63 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BayBO für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 sowie für bauliche Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe bis zu 10 m
  - im Geltungsbereich eines Bebauungsplans nach § 30 Abs. 1 BauGB oder eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans nach § 30 Abs. 2 BauGB, soweit für das Vorhaben die Erteilung nur geringfügiger Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB erforderlich ist, oder
  - innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils, oder
  - im Außenbereich, wenn das Vorhaben keine grundsätzliche Bedeutung hat.
- d) die Zulassung von isolierten Abweichungen im Sinne des Art. 63 Abs. 3 Satz 1 BayBO,
- e) die Erteilung von Negativzeugnissen nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB bei Nichtbestehen eines Vorkaufsrechts sowie Erteilung von Verzichtserklärungen bei entsprechenden Vorkaufsrechten im Rahmen der vom zuständigen Ausschuss beschlossenen generellen Vorgehensweise,

- f) die Erteilung von sanierungsrechtlichen Genehmigungen nach §§ 144, 145 BauGB, wenn davon auszugehen ist, dass die Genehmigung nicht die Durchführung der Sanierung unmöglich macht oder wesentlich erschwert oder den Zielen und Zwecken der Sanierung zuwiderläuft.

5. in Grundstücksangelegenheiten:

- a) der Abschluss von Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäften über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte bis zu einer Wertgrenze von 150.000 € im Einzelfall
- b) die Abgabe von Rangrücktritten und sonstige Grundbucheintragungen (v.a. Löschungen), wenn die grundsätzlichen Rechte des Marktes nicht gefährdet werden,
- c) Abschluss von landwirtschaftlichen Pachtverträgen sowie sonstigen Pachtverträgen und Mietverträgen über Wohnraum
- d) Kündigung von Pacht- und Mietverträgen, insbesondere zur Erfüllung von gemeindlichen Aufgaben

(3) Bei wiederkehrenden Leistungen ist für die Bemessung von Wertgrenzen nach Abs. 2 der Zeitraum maßgeblich, für den die rechtliche Bindung bestehen soll; ist dieser Zeitraum nicht bestimmbar, so ist der fünffache Jahresbetrag anzusetzen.

(4) Soweit die Aufgaben nach Absatz 1 Nr. 7 und Absatz 2 nicht unter Art. 37 Abs. 1 Satz 1 GO fallen, werden sie hiermit dem ersten Bürgermeister gemäß Art. 37 Abs. 2 GO zur selbstständigen Erledigung übertragen.

(5) Über die erteilten Aufträge im Sinne von § 13 der Geschäftsordnung, deren Auftragswert 25.000 Euro übersteigen, hat der Erste Bürgermeister am Ende eines jeden Quartals den Gemeinderat in geeigneter Form unaufgefordert zu unterrichten. Weiter soll der erste Bürgermeister über vollzogene Neueinstellungen und die durch die Verwaltung behandelten Bauanträge in geeigneter Weise den Gemeinderat unterrichten sowie die eingereichten Anträge nach § 25 der Geschäftsordnung elektronisch für die Gemeinderäte verfügbar halten.

## **§ 14 Vertretung der Gemeinde nach außen**

(1) Die Befugnis des ersten Bürgermeisters zur Vertretung der Gemeinde nach außen bei der Abgabe von rechtserheblichen Erklärungen (Art. 38 Abs. 1 GO) beschränkt sich auf den Vollzug der einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderats und der beschließenden Ausschüsse, soweit der erste Bürgermeister nicht gemäß § 13 zum selbstständigen Handeln befugt ist.

(2) Der erste Bürgermeister kann im Rahmen seiner Vertretungsbefugnis unter Beachtung des Art. 39 Abs. 2 GO anderen Personen Vollmacht zur Vertretung der Gemeinde erteilen.

## **§ 15 Abhalten von Bürgerversammlungen**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister beruft mindestens einmal jährlich, auf Verlangen des Gemeinderats auch öfter, eine Bürgerversammlung ein (Art. 18 Abs. 1 GO). <sup>2</sup>Den Vorsitz in der Versammlung führt der erste Bürgermeister oder ein von ihm bestellter Vertreter.

(2) Auf Antrag von Gemeindebürgern und Gemeindebürgerinnen nach Art. 18 Abs. 2 GO beruft der erste Bürgermeister darüber hinaus eine weitere Bürgerversammlung ein, die innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags bei der Gemeinde stattzufinden hat.

## **§ 16 Sonstige Geschäfte**

Die Befugnisse des ersten Bürgermeisters, die außerhalb der Gemeindeordnung gesetzlich festgelegt sind (z. B. Wahrnehmung der standesamtlichen Geschäfte, Aufnahme von Nottestamenten usw.), bleiben unberührt.

## **2. Stellvertretung**

### **§ 17 Weitere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, weitere Stellvertretung, Aufgaben**

(1) Der erste Bürgermeister wird im Fall der Verhinderung vom zweiten Bürgermeister und, wenn dieser oder diese ebenfalls verhindert ist, vom dritten Bürgermeister vertreten (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO).

(2) Für den Fall gleichzeitiger Verhinderung der Bürgermeister bestimmt der Gemeinderat aus seiner Mitte gemäß Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO als eine weitere Stellvertretung das jeweils an Dienstjahren älteste anwesende Gemeinderatsmitglied.

(3) Der Stellvertreter oder die Stellvertreterin übt im Verhinderungsfall die gesamten gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse des ersten Bürgermeisters aus.

(4) <sup>1</sup>Ein Fall der Verhinderung liegt vor, wenn die zu vertretende Person aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen, insbesondere wegen Abwesenheit, Urlaub, Krankheit, vorläufiger Dienstenthebung oder persönlicher Beteiligung nicht in der Lage ist, ihr Amt auszuüben. <sup>2</sup>Ist die zu vertretende Person bei Abwesenheit gleichwohl dazu in der Lage, die Amtsgeschäfte auszuüben und bei Bedarf wieder rechtzeitig vor Ort zu sein, liegt ein Fall der Verhinderung nicht vor.

## **B. Der Geschäftsgang**

### **I. Allgemeines**

#### **§ 18 Verantwortung für den Geschäftsgang**

(1) <sup>1</sup>Gemeinderat und erster Bürgermeister sorgen für den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte, insbesondere für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis und für die Durchführung der gesetzmäßigen Anordnungen und Weisungen der Staatsbehörden. <sup>2</sup>Sie schaffen die dazu erforderlichen Einrichtungen (Art. 56 Abs. 2, Art. 59 Abs. 1 GO).

(2) <sup>1</sup>Eingaben und Beschwerden der Gemeindeeinwohner an den Gemeinderat (Art. 56 Abs. 3 GO) werden durch die Verwaltung vorbehandelt und sodann dem Gemeinderat oder dem zuständigen beschließenden Ausschuss vorgelegt. <sup>2</sup>Eingaben, die in den Zuständigkeitsbereich des ersten Bürgermeisters fallen, erledigt dieser in eigener Zuständigkeit; in bedeutenden Angelegenheiten unterrichtet er den Gemeinderat.

#### **§ 19 Sitzungen, Beschlussfähigkeit**

(1) <sup>1</sup>Der Gemeinderat beschließt in Sitzungen (Art. 47 Abs. 1 GO). <sup>2</sup>Eine Beschlussfassung durch mündliche Befragung außerhalb der Sitzungen oder im Umlaufverfahren ist ausgeschlossen.

(2) Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 2 GO).

(3) <sup>1</sup>Wird der Gemeinderat wegen Beschlussunfähigkeit in einer früheren Sitzung infolge einer nicht ausreichenden Zahl anwesender Mitglieder zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. <sup>2</sup>Bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden (Art. 47 Abs. 3 GO).

#### **§ 20 Öffentliche Sitzungen**

(1) Die Sitzungen des Gemeinderats sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen (Art. 52 Abs. 2 GO).

(2) <sup>1</sup>Die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats sind allgemein zugänglich, soweit der für die Zuhörerschaft bestimmte Raum ausreicht. <sup>2</sup>Für die Medien ist stets eine angemessene Zahl von Plätzen freizuhalten. <sup>3</sup>Ton- und Bildaufnahmen jeder Art sind grundsätzlich unzulässig. <sup>4</sup>Sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des oder der Vorsitzenden und des Gemeinderats; sie sind auf Verlangen eines einzelnen Mitglieds hinsichtlich seiner Person zu

unterlassen. <sup>5</sup>Ton- und Bildaufnahmen von Gemeindebediensteten und sonstigen Sitzungsteilnehmern sind nur mit deren Einwilligung zulässig.

(3) Zuhörende, welche die Ordnung der Sitzung stören, können durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende aus dem Sitzungssaal gewiesen werden (Art. 53 Abs. 1 GO).

## **§ 21 Nichtöffentliche Sitzungen**

(1) <sup>1</sup>In nichtöffentlicher Sitzung werden in der Regel behandelt:

1. Personalangelegenheiten in Einzelfällen,
2. Rechtsgeschäfte in Grundstücksangelegenheiten,
3. Angelegenheiten, die dem Sozial- oder Steuergeheimnis unterliegen.

<sup>2</sup>Außerdem werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt:

1. Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, deren nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall von der Aufsichtsbehörde verfügt ist,
2. sonstige Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz vorgeschrieben oder nach der Natur der Sache erforderlich ist.

(2) <sup>1</sup>Zu nichtöffentlichen Sitzungen können im Einzelfall durch Beschluss Personen, die dem Gemeinderat nicht angehören, hinzugezogen werden, wenn deren Anwesenheit für die Behandlung des jeweiligen Beratungsgegenstandes erforderlich ist. <sup>2</sup>Diese Personen sollen zur Verschwiegenheit nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Verpflichtungsgesetz verpflichtet werden.

(3) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gibt der erste Bürgermeister der Öffentlichkeit bekannt, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 GO).

## **II. Vorbereitung der Sitzungen**

### **§ 22 Einberufung**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister beruft die Gemeinderatssitzungen ein, wenn die Geschäftslage es erfordert oder wenn ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder es schriftlich oder elektronisch unter Bezeichnung des Beratungsgegenstandes beantragt (Art. 46 Abs. 2 Sätze 1 und 2 GO). <sup>2</sup>Nach Beginn der Wahlzeit und im Fall des Art. 46 Abs. 2 Satz 2 GO beruft er die Gemeinderatssitzung so rechtzeitig ein, dass die Sitzung spätestens vier Wochen nach Beginn der Wahlzeit (Art. 46 Abs. 2 Satz 1 GO) oder spätestens am 14. Tag nach Eingang des Verlangens bei ihm stattfinden kann (Art. 46 Abs. 2 Satz 3 GO).

(2) <sup>1</sup>Die Sitzungen finden in der Regel dienstags und donnerstags im Sitzungssaal des Rathauses statt; sie beginnen zwischen 18.00 und 20.00 Uhr. <sup>2</sup>In der Einladung (§ 24) kann im Einzelfall etwas anderes bestimmt werden.

## **§ 23 Tagesordnung**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister setzt die Tagesordnung fest. <sup>2</sup>Rechtzeitig eingegangene Anträge von Gemeinderatsmitgliedern setzt der erste Bürgermeister möglichst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. <sup>3</sup>Ist das nicht möglich, sind die Anträge in jedem Fall innerhalb von 3 Monaten auf die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung zu setzen. <sup>4</sup>Eine materielle Vorprüfung findet nicht statt.

(2) <sup>1</sup>In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände einzeln und inhaltlich konkretisiert zu benennen, damit es den Gemeinderatsmitgliedern ermöglicht wird, sich auf die Behandlung der jeweiligen Gegenstände vorzubereiten. <sup>2</sup>Soweit die Konkretisierungen schutzwürdige Daten enthalten, sollten diese den Gemeinderatsmitgliedern regelmäßig gesondert zur Verfügung gestellt werden. <sup>3</sup>Das gilt sowohl für öffentliche als auch für nichtöffentliche Gemeinderatssitzungen.

(3) <sup>1</sup>Die Tagesordnung für öffentliche Sitzungen ist jeweils unter Angabe von Ort und Zeit der Sitzung spätestens am 3. Tag vor der Sitzung ortsüblich bekannt zu machen (Art. 52 Abs. 1 GO). <sup>2</sup>Die Tagesordnung nichtöffentlicher Sitzungen wird nicht bekannt gemacht.

(4) Den örtlichen Medien soll die Tagesordnung jeder öffentlichen Sitzung rechtzeitig mitgeteilt werden.

(5) Halbjährlich soll bei einer öffentlichen Sitzung des Marktgemeinderates eine Bürgerfragestunde angehalten werden.

## **§ 24 Form und Frist für die Einladung**

(1) <sup>1</sup>Die Gemeinderatsmitglieder werden mit ihrem Einverständnis elektronisch zu den Sitzungen eingeladen, indem der Sitzungstermin und der Sitzungsort durch eine E-Mail und die Tagesordnung durch einen mit dieser E-Mail versandten Link auf ein in einem technisch individuell gegen Zugriffe Dritter geschützten Bereich (Ratsinformationssystem) eingestelltes und abrufbares Dokument mitgeteilt werden. <sup>2</sup>Die Tagesordnung kann bis spätestens zum Ablauf des 3. Tages vor der Sitzung ergänzt werden. <sup>3</sup>Ist eine elektronische Sitzungsladung ausnahmsweise seitens der Gemeinde technisch oder rechtlich unmöglich, werden die Gemeinderatsmitglieder schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung sowie weiterer Unterlagen, insbesondere Beschlussvorlagen, sowie diese sachdienlich sind und Gesichtspunkte der Vertraulichkeit sowie des Datenschutzes nicht entgegenstehen, geladen.

(2) Die Tagesordnung geht zu, wenn die E-Mail nach Absatz 1 Satz 1 im elektronischen Briefkasten des Empfängers oder bei seinem Provider abrufbar eingegangen und üblicherweise mit der Kenntnisnahme zu rechnen ist.

(3) <sup>1</sup>Der Tagesordnung sollen weitere Unterlagen, insbesondere Beschlussvorlagen, beigelegt werden, wenn und soweit das sachdienlich ist und Gesichtspunkte der Vertraulichkeit sowie des Datenschutzes nicht entgegenstehen. <sup>2</sup>Die weiteren Unterlagen werden grundsätzlich nur elektronisch im Ratsinformationssystem im Sinne von Absatz 1 Satz 1 zur Verfügung gestellt.

(4) <sup>1</sup>Die Ladungsfrist beträgt 5 Tage; sie kann in dringenden Fällen auf 3 Tage verkürzt werden. <sup>2</sup>Der Sitzungstag und der Tag des Zugangs der Ladung werden bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet.

## **§ 25 Anträge**

(1) <sup>1</sup>Anträge, die in einer Sitzung behandelt werden sollen, sind schriftlich oder elektronisch zu stellen und ausreichend zu begründen. <sup>2</sup>Bei elektronischer Übermittlung sind Geheimhaltungsinteressen und der Datenschutz zu beachten; schutzwürdige Daten sind in verschlüsselter Form zu übermitteln. <sup>3</sup>Anträge sollen spätestens am 10. Tag vor der Sitzung beim ersten Bürgermeister eingereicht werden. <sup>4</sup>Soweit ein Antrag mit Ausgaben verbunden ist, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, soll er einen Deckungsvorschlag enthalten.

(2) Verspätet eingehende oder erst unmittelbar vor oder während der Sitzung gestellte Anträge können nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn

1. die Angelegenheit dringlich ist und der Gemeinderat der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder
2. sämtliche Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht.

(3) Anträge zur Geschäftsordnung, z. B. Nichtbefassungsanträge, Zurückziehung eines Antrags u. Ä., Anträge auf Festsetzung eines Ordnungsgeldes nach Art. 53 Abs. 3 GO oder einfache Sachanträge, z. B. Änderungsanträge, können auch während der Sitzung und ohne Beachtung der Form gestellt werden.

## **III. Sitzungsverlauf**

### **§ 26 Eröffnung der Sitzung**

(1) <sup>1</sup>Der oder die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. <sup>2</sup>Er oder sie stellt die ordnungsgemäße Ladung der Gemeinderatsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats fest und erkundigt sich nach Einwänden gegen die Tagesordnung.

(2) <sup>1</sup>Die Niederschriften über die vorangegangene öffentliche und nichtöffentliche Sitzung werden über das Ratsinformationssystem (RIS) zur Verfügung gestellt und sind dort verfügbar und einsehbar. <sup>2</sup>Wenn bis zum Schluss der auf die Zurverfügungstellung folgenden Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, so gelten die Niederschriften als vom Gemeinderat bzw. dem zuständigen Ausschuss gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

## **§ 27 Eintritt in die Tagesordnung**

(1) <sup>1</sup>Die einzelnen Tagesordnungspunkte werden in der in der Tagesordnung festgelegten Reihenfolge behandelt. <sup>2</sup>Die Reihenfolge kann durch Beschluss geändert werden.

(2) <sup>1</sup>Soll ein Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden (§ 21), so wird darüber vorweg unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und entschieden (Art. 52 Abs. 2 Satz 2 GO). <sup>2</sup>Wird von vornherein zu einer nichtöffentlichen Sitzung eingeladen, gilt die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung als gebilligt, wenn und soweit nicht der Gemeinderat anders entscheidet.

(3) <sup>1</sup>Der oder die Vorsitzende oder eine von ihm oder ihr mit der Berichterstattung beauftragte Person trägt den Sachverhalt der einzelnen Tagesordnungspunkte vor und erläutert ihn. <sup>2</sup>Anstelle des mündlichen Vortrags kann auf schriftliche Vorlagen verwiesen werden. Zu Anträge nach § 25 der Geschäftsordnung soll der Antragsteller zunächst in kurzer Form (max. fünf Minuten) seinen Antrag erläutern dürfen, bevor eine weitere Berichterstattung erfolgt oder die Diskussion darüber zugelassen wird.

(4) Zu Tagesordnungspunkten, die in einem Ausschuss behandelt worden sind, ist der Beschluss des Ausschusses bekannt zu geben.

(5) <sup>1</sup>Soweit erforderlich, können auf Anordnung des Vorsitzenden oder auf Beschluss des Gemeinderats Sachverständige zugezogen und gutachtlich gehört werden. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für sonstige sachkundige Personen.

## **§ 28 Beratung der Sitzungsgegenstände**

(1) Nach der Berichterstattung, gegebenenfalls nach dem Vortrag der Sachverständigen, eröffnet der oder die Vorsitzende die Beratung.

(2) <sup>1</sup>Mitglieder des Gemeinderats, die nach den Umständen annehmen müssen, von der Beratung und Abstimmung zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 Abs. 1 GO) ausgeschlossen zu sein, haben dies vor Beginn der Beratung dem Vorsitzenden unaufgefordert mitzuteilen. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt, wenn Anhaltspunkte dieser Art während der Beratung erkennbar werden. <sup>3</sup>Das wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossene Mitglied hat während der Beratung und Abstimmung seinen Platz am Beratungstisch zu verlassen; es kann bei öffentlicher Sitzung im Zuhörerraum Platz nehmen, bei nichtöffentlicher Sitzung verlässt es den Raum.

(3) <sup>1</sup>Sitzungsteilnehmer dürfen das Wort nur ergreifen, wenn es ihnen von dem oder der Vorsitzenden erteilt wird. <sup>2</sup>Der oder die Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. <sup>3</sup>Bei gleichzeitiger Wortmeldung entscheidet der oder die Vorsitzende über die Reihenfolge. <sup>4</sup>Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außer der Reihe sofort zu erteilen. <sup>5</sup>Zuhörenden kann das Wort nicht erteilt werden.

(4) <sup>1</sup>Redner und Rednerinnen sprechen von ihrem Platz aus; sie richten ihre Rede an den Gemeinderat. <sup>2</sup>Die Redebeiträge müssen sich auf den jeweiligen Tagesordnungspunkt beziehen.

(5) <sup>1</sup>Während der Beratung über einen Antrag sind nur zulässig:

1. Anträge zur Geschäftsordnung,
2. Zusatz- oder Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung des zu beratenden Antrags.

<sup>2</sup>Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen; eine Beratung zur Sache selbst findet insoweit nicht statt.

(6) Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, wird die Beratung von dem oder der Vorsitzenden geschlossen.

(7) <sup>1</sup>Bei Verstoß gegen die vorstehenden Regeln zu Redebeiträgen ruft der oder die Vorsitzende zur Ordnung und macht die betreffende Person auf den Verstoß aufmerksam.

<sup>2</sup>Bei weiteren Verstößen kann der oder die Vorsitzende ihr das Wort entziehen.

(8) <sup>1</sup>Gegen Mitglieder des Gemeinderates, die die Ordnung erheblich stören, kann der Vorsitzende mit Zustimmung des Marktgemeinderates ein Ordnungsgeld bis zu 500 €, im Wiederholungsfalle bis zu 1.000 € festsetzen. <sup>2</sup>Ein Wiederholungsfalle im Sinne des Satz 1 liegt vor, wenn gegenüber dem Mitglied innerhalb derselben Sitzung bereits ein Ordnungsgeld festgesetzt wurde (Art. 53 Abs. 3 GO).

(9) <sup>1</sup>Mitglieder des Gemeinderats, die die Ordnung fortgesetzt erheblich stören, sodass der Sitzungsfortgang unmöglich gemacht oder jedenfalls wesentlich erschwert wird, kann der Vorsitzende mit Zustimmung des Gemeinderats von der Sitzung ausschließen. <sup>2</sup>Über den Ausschluss von weiteren Sitzungen entscheidet der Gemeinderat (Art. 53 Abs. 2 GO).

(10) <sup>1</sup>Der Vorsitzende kann die Sitzung unterbrechen oder aufheben, falls Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal auf andere Weise nicht wiederhergestellt werden können. <sup>2</sup>Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tag fortzuführen; einer neuerlichen Einladung hierzu bedarf es nicht. <sup>3</sup>Die Beratung ist an dem Punkt fortzusetzen, an dem die Sitzung unterbrochen wurde. <sup>4</sup>Der Vorsitzende gibt Zeit und Ort der Fortsetzung bekannt.

## **§ 29 Abstimmung**

(1) <sup>1</sup>Nach Durchführung der Beratung oder nach Annahme eines Antrags auf „Schluss der Beratung“ schließt der Vorsitzende die Beratung und lässt über den Beratungsgegenstand abstimmen. <sup>2</sup>Er vergewissert sich zuvor, ob die Beschlussfähigkeit (§ 20 Abs. 2 und 3) gegeben ist.

(2) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:

1. Anträge zur Geschäftsordnung,
2. Anträge, die mit dem Beschluss eines Ausschusses übereinstimmen; über sie ist vor allen anderen Anträgen zum gleichen Beratungsgegenstand abzustimmen,
3. weitergehende Anträge; das sind die Anträge, die voraussichtlich einen größeren Aufwand erfordern oder einschneidendere Maßnahmen zum Gegenstand haben,

4. früher gestellte Anträge vor später gestellten, sofern der spätere Antrag nicht unter die Nrn. 1 bis 3 fällt.

(3) <sup>1</sup>Grundsätzlich wird über jeden Antrag insgesamt abgestimmt. <sup>2</sup>Über einzelne Teile eines Antrags wird getrennt abgestimmt, wenn dies beschlossen wird oder der Vorsitzende eine Teilung vornimmt.

(4) <sup>1</sup>Vor der Abstimmung soll der Antrag verlesen werden. <sup>2</sup>Der Vorsitzende formuliert die zur Abstimmung anstehende Frage so, dass sie mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden kann. <sup>3</sup>Grundsätzlich wird in der Reihenfolge „ja“ - „nein“ abgestimmt.

(5) <sup>1</sup>Beschlüsse werden in offener Abstimmung durch Handaufheben oder auf Beschluss des Gemeinderats durch namentliche Abstimmung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst, soweit nicht im Gesetz eine besondere Mehrheit vorgeschrieben ist. <sup>2</sup>Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 51 Abs. 1 GO); wird dadurch ein ausnahmsweise negativ formulierter Antrag abgelehnt, bedeutet dies nicht die Beschlussfassung über das Gegenteil. <sup>3</sup>Kein Mitglied des Gemeinderats darf sich der Stimme enthalten (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 GO).

(6) <sup>1</sup>Die Stimmen sind, soweit erforderlich, durch den Vorsitzenden zu zählen. <sup>2</sup>Das Abstimmungsergebnis ist unmittelbar nach der Abstimmung bekannt zu geben; dabei ist festzustellen, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist.

(7) <sup>1</sup>Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und Abstimmung nicht nochmals aufgenommen werden, wenn nicht alle Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, mit der Wiederholung einverstanden sind. <sup>2</sup>In einer späteren Sitzung kann, soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen, ein bereits zur Abstimmung gebrachter Beratungsgegenstand insbesondere dann erneut behandelt werden, wenn neue Tatsachen oder neue gewichtige Gesichtspunkte vorliegen und der Beratungsgegenstand ordnungsgemäß auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

## **§ 30 Wahlen**

(1) Für Entscheidungen des Gemeinderats, die in der Gemeindeordnung oder in anderen Rechtsvorschriften als Wahlen bezeichnet werden, gilt Art. 51 Abs. 3 GO, soweit in anderen Rechtsvorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist.

(2) <sup>1</sup>Wahlen werden in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln vorgenommen. <sup>2</sup>Ungültig sind insbesondere Neinstimmen, leere Stimmzettel und solche Stimmzettel, die den Namen des Gewählten nicht eindeutig ersehen lassen oder aufgrund von Kennzeichen oder ähnlichem das Wahlgeheimnis verletzen können.

(3) <sup>1</sup>Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. <sup>2</sup>Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. <sup>3</sup>Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, findet eine Stichwahl unter den beiden sich bewerbenden Personen mit den höchsten Stimmenzahlen statt. <sup>4</sup>Haben im ersten Wahlgang mehr als zwei Personen die gleiche höchste Stimmenzahl, wird die Wahl wiederholt. <sup>5</sup>Haben mehrere Personen die gleiche zweithöchste Stimmenzahl, entscheidet das Los darüber, wer von ihnen

in die Stichwahl kommt. <sup>6</sup>Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet gleichfalls das Los.

### **§ 31 Anfragen**

<sup>1</sup>Die Gemeinderatsmitglieder können in jeder Sitzung nach Erledigung der Tagesordnung an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende Anfragen über solche Gegenstände richten, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen. <sup>2</sup>Nach Möglichkeit sollen der oder die Vorsitzende oder anwesende Gemeindebedienstete solche Anfragen sofort beantworten. <sup>3</sup>Ist das nicht möglich, so werden sie in der nächsten Sitzung oder schriftlich beantwortet. <sup>4</sup>Eine Aussprache über Anfragen findet in der Sitzung grundsätzlich nicht statt.

### **§ 32 Beendigung der Sitzung**

Nach Behandlung der Tagesordnung und etwaiger Anfragen schließt der oder die Vorsitzende die Sitzung.

## **IV. Sitzungsniederschrift**

### **§ 33 Form und Inhalt**

(1) <sup>1</sup>Über die Sitzungen des Gemeinderats werden grundsätzlich innerhalb von zehn Arbeitstagen Ergebnisniederschriften gefertigt, deren Inhalt sich nach Art. 54 Abs. 1 GO richtet. <sup>2</sup>Die Niederschriften werden getrennt nach öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten geführt. <sup>3</sup>Niederschriften sind jahrgangswise zu binden.

(2) <sup>1</sup>Als Hilfsmittel für das Anfertigen der Niederschrift können Tonaufnahmen gefertigt werden. <sup>2</sup>Der Tonträger ist unverzüglich nach Genehmigung der Niederschrift zu löschen und darf Außenstehenden nicht zugänglich gemacht werden.

(3) <sup>1</sup>Ist ein Mitglied des Gemeinderats bei einer Beschlussfassung abwesend, so ist dies in der Niederschrift besonders zu vermerken. <sup>2</sup>Jedes Mitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es abgestimmt hat (Art. 54 Abs. 1 Satz 3 GO).

(4) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden und von dem Schriftführer zu unterzeichnen und vom Gemeinderat zu genehmigen (Art. 54 Abs. 2 GO). § 26 Abs. 2 gilt entsprechend.

(5) In der Niederschrift wird die Anwesenheit festgehalten.

## **§ 34 Einsichtnahme und Abschrifterteilung**

(1) In die Niederschriften über öffentliche Sitzungen können alle Gemeindeglieder und Gemeindegliederinnen Einsicht nehmen und sich gegen Kostenerstattung Kopien für den Eigengebrauch erteilen lassen; dasselbe gilt für auswärts wohnende Personen hinsichtlich ihres Grundbesitzes oder ihrer gewerblichen Niederlassungen im Gemeindegebiet (Art. 54 Abs. 3 Sätze 2 bis 4 GO).

(2) <sup>1</sup>Gemeinderatsmitglieder können jederzeit die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen einsehen und sich Kopien der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse erteilen lassen (Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO). <sup>2</sup>Abschriften von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, können sie verlangen, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 i.V.m. Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO).

(3) <sup>1</sup>Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen können den Gemeinderatsmitgliedern im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. <sup>2</sup>Gleiches gilt für Beschlüsse, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Niederschriften früherer Wahlzeiten.

(5) In Rechnungsprüfungsangelegenheiten können die Gemeinderatsmitglieder jederzeit die Berichte über die Prüfungen einsehen (Art. 102 Abs. 4 GO); Abschriften werden nicht erteilt.

## **V. Geschäftsgang der Ausschüsse**

### **§ 35 Anwendbare Bestimmungen**

(1) <sup>1</sup>Für den Geschäftsgang der Ausschüsse gelten die §§ 18 bis 34 sinngemäß. <sup>2</sup>Gemeinderatsmitglieder, die einem Ausschuss nicht angehören, erhalten die Ladungen zu den Sitzungen nebst Tagesordnung nachrichtlich.

(2) <sup>1</sup>Mitglieder des Gemeinderats können in der Sitzung eines Ausschusses, dem sie nicht angehören, nur als Zuhörende anwesend sein. <sup>2</sup>Berät ein Ausschuss über den Antrag eines Gemeinderatsmitglieds, das diesem Ausschuss nicht angehört, so gibt der Ausschuss ihm Gelegenheit, seinen Antrag mündlich zu begründen. <sup>3</sup>Satz 1 und 2 gelten für öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen.

## **VI. Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen**

### **§ 36 Art der Bekanntmachung**

(1) <sup>1</sup>Satzungen und Verordnung werden ausschließlich im digital veröffentlichten Amtsblatt der Gemeinde über das Internet unter [www.grossostheim.de/amtsblatt](http://www.grossostheim.de/amtsblatt) amtlich bekannt gemacht. <sup>2</sup>Soweit eine zusätzliche analoge Form der Bekanntmachung gesetzlich zwingend erforderlich ist, erfolgt die Bekanntmachung im ausschließlich digital veröffentlichten Amtsblatt nach Satz 1 und zusätzlich durch Veröffentlichung in dem für amtliche Hinweise bestimmten Teil des Bachgau Boten.

(2) <sup>1</sup>Für Bürgerinnen und Bürger ohne Zugang zu digitalen Medien wird die Gemeindeverwaltung jeweils eine Information in den amtlichen Hinweisen im Bachgau Boten veröffentlichen. <sup>2</sup>Jede Bürgerin bzw. jeder Bürger hat den Anspruch eine Kopie der amtlichen Bekanntmachung in Papierform in der Gemeindeverwaltung zu erhalten.

## **C. Schlussbestimmungen**

### **§ 37 Änderung der Geschäftsordnung**

Vorstehende Geschäftsordnung kann durch Beschluss des Gemeinderats geändert werden.

### **§ 38 Verteilung der Geschäftsordnung**

<sup>1</sup>Jedem Mitglied des Gemeinderats ist ein Exemplar der Geschäftsordnung auszuhändigen. <sup>2</sup>Im Übrigen liegt die Geschäftsordnung zur allgemeinen Einsicht in der Verwaltung der Gemeinde auf.

### **§ 39 Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Diese Geschäftsordnung tritt mit Wirkung vom 01.05.2026 in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 14.05.2020 in der Änderungsfassung vom 01.01.2025 außer Kraft.

Großostheim, den 08.05.2026

Markt Großostheim

gez.

Ralf Herbst  
Erster Bürgermeister

# Mitteilung des Amtsgerichts Aschaffenburg - Vollstreckungsgericht

851 K 66/23

## Terminbestimmung

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am **Mittwoch, 03.06.2026 um 13:30 Uhr** im **Sitzungssaal 66** des **Amtsgerichts Aschaffenburg, Erthalstraße 3, 63739 Aschaffenburg** öffentlich versteigert werden.

## Grundbucheintrag

Eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Aschaffenburg von Großostheim  
Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum

**ME-Anteil** 286,25/1000

**Sondereigentums-Art** Räume

**SE-Nr.** 1

**Sondernutzungsrecht** KFZ-Stellplatz Nr. P3, Grundstücksfreifläche samt Terrasse

**Blatt** 17268 an Grundstück

**Gemarkung** Großostheim

**Flurstück** 800/93

**Wirtschaftsart u. Lage** Gebäude- und Freifläche

**Anschrift** Katharinenweg 11

**Hektar** 0,0709

## Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen):

4-Zimmer-Wohnung (110 m<sup>2</sup>) im Souterrain und EG mit Terrasse, Kellerraum, sowie einem Stellplatz und Garten in einem Wohnhaus mit einer weiteren Eigentumswohnung, Bj. 2008.

**Verkehrswert:** 349.000,00 €

## Weitere Informationen unter [www.zvg-portal.de](http://www.zvg-portal.de)

**Bietinteressenten** können das vollständige Gutachten beim Amtsgericht Aschaffenburg, Schlossplatz 5, 63739 Aschaffenburg, einsehen.

Um vorherige Terminbuchung wird gebeten online

unter **<https://www.justiztermin.bayern.de>** oder telefonisch unter 06021/398-2210.

Amtsgericht Aschaffenburg, Abteilung für Immobilienvollstreckung

Das Amtsblatt des Marktes Großostheim wird ausschließlich digital veröffentlicht und erscheint grundsätzlich Donnerstag oder bei Bedarf.  
Es wird im Internet auf der öffentlich zugänglichen Internetseite [www.grossostheim.de/amtsblatt](http://www.grossostheim.de/amtsblatt) veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF-Dokument ist die amtlich bekannt gemachte Fassung.